

**Antrag 133/I/2020****FA XIII - Strategien gegen rechts****Der Landesparteitag möge beschließen:****Ein Untersuchungsausschuss zum rechten Terror in Neukölln**

1 Der Landesvorstand wird aufgefordert, im Wahlpro-  
2 gramm und bei den Koalitionsverhandlungen für die  
3 kommende Legislaturperiode (19. Wahlperiode) einen  
4 parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum jah-  
5 relangen rechten Terror in Neukölln einzurichten, der  
6 auf den Ergebnissen der vom Senat zu diesem Thema  
7 neu eingesetzten Ermittlungskommission bei Justiz und  
8 Polizei basiert.

9

10

**11 Begründung**

12 In Neukölln verübten Neonazis seit einem Jahrzehnt An-  
13 schläge, ohne dass einer davon aufgeklärt wäre: Im Jahr  
14 2011 trafen Brandsätze das Anton-Schmaus-Haus der Fal-  
15 ken. 2012 wurde Burak Bekta von einem Unbekannten aus  
16 mutmaßlich rassistischen Motiven ermordet. Seit 2016  
17 zieht sich eine Angriffsserie von mindestens 55 Fällen (Be-  
18 drohungen durch Graffitis an und in Wohnhäusern, Stein-  
19 und Farbflaschenwürfe durch Fenster und andere Sach-  
20 beschädigungen, Brandanschläge, zusätzlich mindestens  
21 16 gestohlene Stolpersteine) durch – allein 14 Brandan-  
22 schläge auf Autos, die engagierten Demokrat\*innen und  
23 Antifaschist\*innen gehörten. Dieser rechte Terror soll ein-  
24 schüchtern und ist damit ein direkter Angriff auf die De-  
25 mokratie in Berlin.

26

27 Inzwischen ist eine ganze Reihe ungeklärter Fragen an  
28 die Ermittlungsbehörden dazu gekommen: Bei Polizei-  
29 Beamten steht der Verdacht im Raum, dass sie mit rassisti-  
30 schen Motiven zumindest sympathisieren und Kontakt zu  
31 Neonazis haben könnten. Ein ermittelnder Staatsanwalt  
32 soll seine Nähe zu neurechten, rassistischen Einstellun-  
33 gen bekundet haben. Diese Vorwürfe gewinnen durch die  
34 fehlenden Ermittlungsergebnisse, die bundesweiten Da-  
35 tenabfrage durch Polizist\*innen für neonazistische Droh-  
36 briefe und neonazistische Netzwerken in Sicherheitsbe-  
37 hörden an Gewicht.

38

39 Die Betroffenen müssen auf unsere Solidarität zählen  
40 können und sie haben einen Anspruch auf eine umfassen-  
41 de Aufklärung. Gerade nach den Erfahrungen mit dem Na-  
42 tionalsozialistischen Untergrund (NSU) ist eine besondere  
43 Sensibilität geboten. Sowohl die Strukturen und Netzwer-  
44 ke hinter den Straftaten als auch die Vorgehensweisen der  
45 Sicherheitsbehörden gehören weiterhin mit größtmögli-  
46 chem Einsatz untersucht.

47

48 Wegen dieser grundsätzlichen Bedeutung reicht eine

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 134/I/2020 (Kein Konsens)****LPT I/2020: vertagt auf LPT II/2020**

49 an sich begrüßenswerte Ermittlungskommission allein  
50 nicht, um noch einmal umfassend die Ermittlungen zu un-  
51 tersuchen, Vertrauen in die Arbeit der Ermittlungsbehör-  
52 den wiederherzustellen und Empfehlungen für den zu-  
53 künftigen Kampf gegen rechten Terror zu machen. Ein Un-  
54 tersuchungsausschuss, der auf die Vorarbeiten der vom  
55 Innensenator Andreas Geisel eingerichteten Sonderkom-  
56 mission „Fokus“ und der Ermittlungskommission aufbaut,  
57 als starkes parlamentarisches Instrument ist dafür ange-  
58 messen. Für eine gründliche Arbeit benötigt ein solcher  
59 Ausschuss genügend Zeit und uneingeschränkten Akten-  
60 zugang, weshalb er am besten unverzüglich nach der  
61 nächsten Wahl damit beginnen muss.